



Ressort
Deutsches Schulamt
Der Schulamtsleiter

Dipartimento
Intendenza Scolastica Tedesca
L'Intendente Scolastico

Prot. Nr. 16.4 AP/ST/sc/32.12/13261/

Bozen / Bolzano, 06.06.2000

Sachbearbeiter Dr. Stephan Tschigg
Funzionario

Tel. 0471/ 41 55 72

An die Direktoren
der Grund-, Mittel- und Oberschulen
im Lande

An die
Direktoren der gesetzlich anerkannten
Mittel- und Oberschulen
im Lande

An die Anschlagetafel
im Hause

RUNDSCHREIBEN DES SCHULAMTSLEITERS

Nr. 30/2000

Betreff: **Prüfungsordnung**

*Sehr geehrte Frau Direktor,
sehr geehrter Herr Direktor!*

Anbei erhalten Sie den Beschluss der Landesregierung Nr. 2015 vom 5. Juni 2000, mit welchem die Bestimmungen über Schlussbewertungen und Prüfungen an Grund-, Mittel- und Oberschulen staatlicher und nichtstaatlicher Art der Autonomen Provinz Bozen – Südtirol (Prüfungsordnung) genehmigt worden sind.

Diese Prüfungsordnung beinhaltet alle geltenden Bestimmungen über das Prüfungswesen und ersetzt die bislang geltenden Beschlüsse über Schlussbewertungen und Prüfungen an Grund-, Mittel- und Oberschulen staatlicher und nichtstaatlicher Art der Autonomen Provinz Bozen – Südtirol.

Ich möchte Sie auf die folgenden wichtigen Neuerungen der diesjährigen Prüfungsordnung hinweisen:

Mittelschule:

Artikel 9 Absatz 9: Es wird nicht mehr – wie bisher – genau aufgezählt, welche Unterlagen dem Gesuch um Zulassung zur Abschlussprüfung beizulegen sind, sondern es wird auf das Staatsgesetz Nr. 127/97 (Vereinfachung des Verwaltungsverfahrens) verwiesen und auf das Ministerialrundschreiben Nr. 349. Letzteres ist diesem Rundschreiben als Datei beigelegt.

Artikel 9 Absatz 14: Dieser Artikel, den die staatlichen Bestimmungen vorsehen, wurde übernommen im Hinblick auf eine zukünftige Situation. Die deutschen Mittelschulen mit musikalischer Ausrichtung laufen auch im Schuljahr 2000/01 als Schulversuch weiter. Die Zusammensetzung der Prüfungskommission ist mit dem entsprechenden Schulversuchsprojekt geregelt (Beschluss der Landesregierung Nr. 1702 vom 15.05.2000).

Artikel 9 Absatz 43: Die Bestimmung über den Erhebungsbogen, den jeder Präsident nach Abschluss der Prüfung verfasst, wurde vereinfacht.

Artikel 9 Absatz 46: Dieser Absatz wurde eingefügt, weil ihn die staatlichen Bestimmungen vorsehen. Er wirkt sich aber an den deutschen Mittelschulen in Südtirol nicht aus.

Art. 9bis: Dieser Artikel wurde neu eingefügt. Die entsprechende Bescheinigung ist derzeit noch in Ausarbeitung.

Bei dieser Gelegenheit sei darauf hingewiesen, dass in puncto Berufshinweis die Prüfungsordnung nicht abgeändert wurde. Auch das Zeugnis muss den Schülern der 3. Klassen ausgehändigt werden. Wie schon bei der Direktorentagung vorgeschlagen, könnte zum Beispiel folgende Formulierung für den Berufshinweis auf dem Zeugnis verwendet werden: „Die im Gesamturteil angegebenen Fertigkeiten, Fähigkeiten und Neigungen haben berufshinweisenden Charakter.“ Natürlich sind auch andere Formulierungen möglich.

Oberschule:

Bestimmungen über die Veröffentlichung der Ergebnisse

Der Artikel 15 der Prüfungsordnung betrifft die Veröffentlichung der Ergebnisse der Schlusskonferenzen und Prüfungen. Das Gesetz vom 31. Dezember 1996, Nr. 675, („Datenschutzgesetz“) hat die Bestimmungen des Artikels 94 des Königlichen Dekrets vom 4. Mai 1925, Nr. 653, nicht aufgehoben. Die Ergebnisse müssen also nach wie vor am Anschlagbrett der Schule veröffentlicht werden. Die Neuerung, die durch die heurige Prüfungsordnung eingeführt wird, besteht darin, dass alle Noten der Schüler und Kandidaten, die eine negative Gesamtbewertung in der Schlusskonferenz oder bei der Prüfung erhalten haben, durch die Angabe des negativen Endergebnisses ersetzt werden („nicht in die nächste Klasse versetzt“, „nicht geeignet“ oder „nicht bestanden“). Wenn der Schüler aber trotz einer negativen Note versetzt wurde oder die Prüfung bestanden hat, werden alle, also auch die negativen, Noten wie üblich am Anschlagbrett der Schule veröffentlicht.

Was die Weitergabe von personenbezogenen, nicht sensiblen Daten an Private (d. h. an Unternehmen oder an Zeitungen) betrifft, gilt die Bestimmung des Artikels 27 Absatz 3 des Datenschutzgesetzes, wonach die Übermittlung und die Verbreitung von personenbezogenen Daten seitens öffentlicher Rechtsträger an Privatpersonen oder öffentliche Körperschaften mit Gewinnabsicht nur aufgrund eines Gesetzes oder einer Verordnung zulässig sind.

Für den schulischen Bereich sieht der Artikel 330 bis des gesetzesvertretenden Dekretes vom 16. April 1994, Nr. 297, eine Ausnahme zu dieser allgemeinen Bestimmung vor (vgl. eigene Mitteilung vom 29. September 1999).

Gemäß dieser Bestimmung können diese Daten nur dann veröffentlicht werden, (1) wenn die Veröffentlichung im Interesse der Ausbildung und der Eingliederung der Schüler und Schulabgänger im Arbeitsmarkt erfolgt, (2) wenn es sich nicht um sensible Daten im Sinne des Datenschutzgesetzes handelt (z. B. Daten über die religiöse Zugehörigkeit, Gesundheitsdaten, Strafregisterdaten u.ä.) und (3) wenn die Betroffenen die Information gemäß Artikel 10 des Datenschutzgesetzes erhalten haben und ausdrücklich die Veröffentlichung beantragt haben.

Die Daten, die vor dem 17. August 1999 (das ist der Tag, an dem der Artikel 330 bis des gesetzesvertretenden Dekrets vom 16. April 1994, Nr. 297, in Kraft getreten ist) erhoben wurden und Schulabgänger betreffen, deren Antrag nicht sofort zu erhalten ist, dürfen dreißig Tage ab der Nachricht übermittelt und verbreitet werden, welche die Schulen oder das Unterrichtsministerium durch öffentliche Ankündigungen bekannt gemacht haben.

Das heißt also, dass ohne Antrag der Betroffenen eine Weitergabe der Schulergebnisse an Unternehmen oder Zeitungen mangels anderslautender gesetzlicher Regelungen oder Verordnungen nicht zulässig ist.

Es wäre somit zweckmäßig, Formulare vorzubereiten, in welchen die Schüler verschiedenen Formen der Veröffentlichung zustimmen können und auch ausdrücklich über das Ausmaß der Verbreitung und ihre Rechte nach Artikel 13 des Datenschutzgesetzes informiert werden.

Informationen für die Familien

Wenn ein Schüler mit Lernrückstand versetzt worden ist, teilt der Direktor den Eltern die Begründung des Klassenrates mit. In einem ausführlichen Bericht werden zudem die Mängel des Schülers beschrieben und die Noten vermerkt, die von den Fachlehrern für das Fach/ die Fächer vorgeschlagen werden, in dem/denen der Schüler kein volles Genügend erbracht hat (Artikel 12 Absatz 4 Buchstabe b) der Prüfungsordnung).

Des Weiteren ergreifen die Schulen geeignete Maßnahmen, um den Familien das negative Ergebnis der Schlusskonferenzen und Prüfungen vorher, d. h. vor der Veröffentlichung der Ergebnisse an der Anschlagtafel der Schule, mitzuteilen (Artikel 37 Absatz 6 der Prüfungsordnung).

Übertritt an eine andere Schule

Im Sinne des Artikels 5 des D.P.R. Nr. 323/1999 legen die Schüler, die am Ende der ersten Klasse versetzt wurden und die Einschreibung in die zweite Klasse einer anderen Fachrichtung beantragen, keine Ergänzungsprüfung gemäß Artikel 192 des gesetzesvertretenden Dekrets vom 16. April 1994, Nr. 297, ab. Die Einschreibung in diese Klasse erfolgt nach einem vorhergehenden Prüfungsgespräch, das an der Aufnahmeschule stattfindet und die eventuellen Lernrückstände feststellen soll. Diese werden mit besonderen Maßnahmen, die im folgenden Schuljahr gesetzt werden, behoben.

Mit freundlichen Grüßen

DER SCHULAMTSLEITER
Dr. Walter Stifter

Anlagen:

[Prüfungsordnung](#)

[Ministerialrundsreiben Nr. 349/1998](#)

[Beschluss der Landesregierung Nr. 2015 vom 5. Juni 2000](#)